

A22 Reaktionen auf den Angriffskrieg in Afrin

Antragsteller*in: Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Dany Greulich (KV Nordfriesland), Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Luca Brunch (KV Kiel), Christoph Krieger (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 3 Anträge

624 Klare Reaktionen auf den Angriffskrieg in Afrin zeigen!

625 In Deutschland und Schleswig-Holstein leben mehrere Millionen Kurden und Türken.
626 Deshalb betrifft auch uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei auf
627 den kurdisch verwalteten und mehrheitlich kurdisch bewohnten Bezirk Afrin in
628 Syrien, der zum Teil mit Panzern aus deutscher Lieferung durchgeführt wird.

629 Wir erklären unsere Solidarität mit der Bevölkerung in und um Afrin und fordern
630 die Bundesregierung zum Handeln auf!

631 Es ist nicht hinnehmbar, dass der NATO-Partner Türkei, unter der Regierung Recep
632 Tayyip Erdoğan gemeinsam mit islamistischen Milizen einen völkerrechtswidrigen
633 Angriffskrieg auf syrischem Gebiet führt. Die Bombardements von Zivilisten und
634 sogar Krankenhäusern sowie die Zerstörung kurdischer Kulturgüter machen
635 fassungslos.

636 Wir können es nicht billigen, dass diejenigen, die den IS am wirkungsvollsten
637 bekämpft haben, nun von der Türkei angegriffen werden.

638 Die Anzahl der Flüchtlinge und ihre Fluchtrouten sind noch nicht ganz klar, es
639 wird sich vermutlich um Hunderttausende handeln. Es kann nicht sein, dass die
640 Bundesregierung anscheinend als einzige Reaktion auf diesen Angriffskrieg die
641 Fahne der kurdischen YPG und PYD verbieten lässt und somit Partei für den
642 Aggressor ergreift. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation lehnen wir
643 dieses Verbot genauso ab, wie weitere Rüstungsexporte in die Türkei und jegliche
644 Kooperation in der Unterstützung oder direkten Beteiligung an Anlagen, die zur
645 Herstellung von Rüstungsgütern oder Teilen davon dienen. Wir fordern die
646 Bundesregierung dazu auf, den türkischen Angriff auf Afrin endlich als
647 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg einzuordnen, wie es der Realität entspricht.
648 Jegliche ideologische Verherrlichung dieses Krieges, insbesondere religiöser
649 Natur, verurteilen wir scharf, und erwarten von Institutionen in denen dies
650 vorkommt, mit aller Härte dagegen vorzugehen.